Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 42 (1962-1963)
Heft: 8

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

NEUER AUFSCHUB IN BERLIN

«Die Zwillingsgefahren des Atomzeitalters sind Unentschlossenheit und Tollkühnheit», schreibt *McGeorge Bundy*, Berater Kennedys für Fragen der nationalen Sicherheit, in einem Aufsatz zum vierzigjährigen Bestehen der amerikanischen Vierteljahrsschrift *Foreign Affairs* (Vol. 41, Nr. 1, Oktober 1962, S. 17). Im Zeichen dieses Gegensatzes steht auch die *westliche Berlinpolitik*, seit das Ultimatum Chruschtschews vom November 1958 hängig ist, das auf eine Annektion der westlichen Sektoren hinzielt. Aktionen reiner Gewalt und Phasen der bilateralen und multilateralen Gespräche lösen sich ab, und der Westen schwankt unentwegt zwischen entschlossenem Widerstand und diffuser Bereitschaft zu Verhandlungen. Die viel zitierte Salamitaktik des Gegners ermuntert nicht so sehr zu Tollkühnheit mit Waffengewalt denn zu Lavieren und Einlenken.

In den letzten Wochen zeigte vor allem Washington eine betonte Festigkeit und verband seine Ankündigungen, eine neue Kraftprobe drohe, mit der *Warnung*, daß die USA bereit seien, die westlichen Rechte und die Freiheit Westberlins zu verteidigen. Moskau dagegen besteht weiter auf seiner Forderung auf Abzug der westlichen Garnisonen. Die Entschiedenheit des Weißen Hauses mit der klaren Warnung vor Fehlspekulationen hat ihre Wirkung getan. Der Termin für den *Friedensvertrag* des Kremls mit dem Regime Ulbrichts ist erneut aufgeschoben worden. Man mußte sich dort vorrechnen, daß die seit Jahren angekündigte und trotz Ulbrichts Drängen immer wieder aufgeschobene Unterzeichnung des Friedensvertrages äußerst bescheidene Früchte tragen würde. Der Bau der Sperrmauer hat Pankow alles andere als diplomatische Respektabilität eingebracht. Die Neutralisten — selbst Tito — sind nicht gewillt, sich an dem einseitigen Friedensschluß zu beteiligen.

Die stagnierenden *Sondierungsgespräche* zwischen Moskau und Washington sollen durch eine *Begegnung Kennedy-Chruschtschew* einen neuen Impuls erhalten. Der sowjetische Staats- und Regierungschef gedenkt einen Besuch bei den UN, der allerdings noch keine präzisen Formen angenommen hat, in diesem Sinne auszunutzen. Die Aussprache zwischen den beiden Staatsmännern, die nicht als «Gipfelkonferenz» deklariert wird, könnte enthüllen, wie gering die Chancen einer Beilegung des Konflikts sind, da Moskau nicht bereit ist, von einer Endlösung in seinem Sinne abzugehen. Dazu kommt, was häufig übersehen wird, daß von den Fragen, über die verhandelt werden kann, nur wenig übriggeblieben ist — Moskau hat manches hängige Problem durch einseitiges Vorgehen bereits in seinem Sinne gelöst.

General *Lucius Clay* weist in der schon zitierten Jubiläumsnummer von «Foreign Affairs», einem reich befrachteten Kompendium außenpolitischer Studien, nachdrücklich auf diesen *beschränkten Spielraum von Verhandlungen* hin, die eingeengt sind zwischen westlichen Verpflichtungen und den immer neuen Drohungen Chruschtschews. «Es gibt wenig, was wir in Berlin zugestehen können, obwohl vielleicht etwas Raum besteht, um Konzessionen auszuhandeln, vorausgesetzt, daß wir so viel erhalten, wie wir geben» (S. 57). Und der Mann, der nicht nur zur Zeit der Blockade und Luftbrücke, sondern auch im letzten Herbst wieder bewiesen hat, daß er ein zäher und einfallsreicher Gegenspieler der Sowjets ist, erklärt gegen den Schluß hin: «Wir müssen in Berlin fest bleiben,

nicht nur wegen dieser Verpflichtung, nicht nur wegen unserer Sorge um ihre mutigen Bewohner, sondern weil die Berlinkrise auch die Krise Europas ist, und jede Drohung gegen Westeuropa ist eine direkte Drohung gegen unsere Freiheit und Unabhängigkeit» (S. 58). Ein Versagen in Berlin würde damit auch dem Vertrauen, das dem heutigen Zusammenschluß Westeuropas zugrundeliegt, einen Schlag versetzen, ja es zum Verlöschen bringen.

Die *dramatische Wendung des Kubakonflikts*, ausgelöst durch die Errichtung *sowjetischer Raketenbasen*, auf die Washington mit einer «selektiven Blockade» antwortete, rückt das Schicksal der Stadt in den Hintergrund und droht sie indirekt neuen Gefahren auszusetzen — Spekulationen um ein «Tauschgeschäft» Chruschtschews zwischen Berlin und Kuba erhalten Auftrieb, während die Offensive ebensosehr gegen die amerikanischen Stützpunkte im Ausland gerichtet sein mag.

De Gaulles Präsidialherrschaft

Nach der Lösung des Algerienkonflikts und nach den großen Kundgebungen der deutsch-französischen Versöhnung auf den Reisen und in den Begegnungen de Gaulles und Adenauers, liegt ein neuer schwerer Schatten über Frankreich: unter Umgehung des Parlaments stimmt die Wählerschaft am 28. Oktober über die *Volkswahl des Präsidenten* ab. Bei Erscheinen dieser Nummer wird bereits bekannt sein, in welchem Maße auch dieses Plebiszit zu einem großen Vertrauensvotum für den Präsidenten gemacht wurde. Die ganze Kampagne war auf der Alternative Wahl des Chefs oder Chaos aufgebaut. Der plebiszitäre Charakter der Fünften Republik tritt noch stärker hervor. Die Abneigung, ja der Widerwille, den der General gegen die Parlamentarier hegt, macht auch vor einer Verfassungsverletzung nicht Halt, indem er dem Parlament bei der geplanten Revision kein Mitspracherecht einräumte.

De Gaulles Verfassungsplan bewirkte die erste *Regierungskrise* der Fünften Republik. Sozialisten, Radikale, Volksrepublikaner und Unabhängige traten gegen die gaullistischen Pläne auf, und mit einer Mehrheit von 39 Stimmen wurde im Palais Bourbon der *Regierung Pompidou* der Tadel ausgesprochen. Aber der Präsident ließ auch hier seine feste Hand spüren: trotz Demission des Premierministers übt das Kabinett seine Funktionen weiter bis zu den Neuwahlen im November aus, ohne der bereits aufgelösten Nationalversammlung noch Rechenschaft schuldig zu sein. Der Abbau der Prärogativen der Parlamentarier geht weiter, die darum nun erbittert ihren Widerstand gegen den populären Herrn im Elysée führen. Nach de Gaulles Auffassung spalten die Parteien das Volk; ihr Absterben oder ihre Schwächung können also nur der Einigung des Volkes dienen.

Die Krise ist nicht zufällig vom Zaun gebrochen worden, obwohl sie für manchen Beobachter nur der Frage nach de Gaulles Nachfolge im Falle eines Attentats aufgepfropft erschien. Die Entwicklung mußte zu diesem Zwist zwischen Regierungschef und Parlament hinführen, zu dieser *Staatskrise*, die das Land und seine Institutionen einer neuen schweren Belastungsprobe aussetzt und in der es um Funktion und Weiterbestehen jener parlamentarischen Instanz geht, die zwischen Volk und Staatschef eingefügt ist. Während sich de Gaulle wiederum als Retter der Nation gibt, sind jene Kräfte gewachsen, die in ihm den Zerstörer ihrer demokratischen Institutionen sehen.

Ben Bellas Weg zur Macht

Das Vierteljahr zwischen der Proklamierung der Unabhängigkeit zur Jahresmitte und der Investitur der Regierung Ben Bella Ende September brachte Algerien eine Kette innerer Zwiste, ja Tage blutigen Bürgerkrieges. Der erste Konflikt wurde durch den Beschluß des Chefs der Exilregierung, *Ben Khedda*, ausgelöst, den Generalstabschef der Befreiungsarmee (ALN) abzusetzen. *Ben Bella*, der langjährige Gefangene der Franzosen und Vizeministerpräsident in der Exilregierung, schlug sich auf die Seite des Generalstabs mit Oberst Boumedienne an der

Spitze und schaltete seine Gegner aus. In den Offizieren der Wilaya 4 — der Militärregion, die die Hauptstadt Algier und ihr Hinterland kontrollierte — erwuchs ihm jedoch bald ein neuer Gegner. Erneut mußte Ben Bella, diesmal durch das von ihm geleitete Politische Bureau, an die Hilfe Boumediennes appellieren, um seine zweite Rückkehr in die Kapitale zu sichern.

Die *Wahlen* in das verfassunggebende Parlament, die beim Zerwürfnis mit der Wilaya 4 eine Rolle gespielt hatten, wurden auf Grund einer revidierten Einheitsliste endlich am 20. September durchgeführt und sicherten den Anhängern Ben Bellas und den Offizieren der Nationalen Volksarmee Boumediennes eine bedeutende Mehrheit. Die *Ministerliste* mit vielen unbekannten jungen Kräften zeigte noch deutlicher den Willen der siegreichen Anhänger Ben Bellas, sich zusammen mit der Armee in die Macht zu teilen. *Boumedienne*, der die im tunesischen und marokkanischen Exil wartenden Truppen aufgebaut hat, wurde Verteidigungsminister.

Trotz Regierungsbildung und komfortabler Mehrheit im Parlament ist die nationale Einheit nicht hergestellt. Zwar sind die Truppen der Wilaya 4 — fast ihr ganzer Stab sitzt im Parlament — ausmanövriert, abgesehen von der Gegend um Orléansville. Aber die *Wilaya 3*, die das kabylische Bergland umfaßt, ist intakt geblieben, und die Truppen unter Oberst *Mohand Ould Hadj* sind bereit, einen Vormarsch der Armee Boumediennes aufzuhalten. In der «Fédération de France» des FLN, der über 400 000 algerische Arbeiter in Frankreich angehören, ist die kabylische Opposition führend. Auch die gewerkschaftliche Zentrale «Union générale des travailleurs algériens» (UGTA) steht der politischen Führung Ben Bellas mit Mißtrauen gegenüber und verfügt mit ihren Einzelverbänden über einen starken Einfluß.

Das politische Leben bleibt stark zerklüftet. Für Ben Bella hängt viel davon ab, ob es seinem energischen und geschickten Verbündeten *Mohammed Khider*, dem Generalsekretär des Politischen Bureaus, gelingt, eine starke Einheitspartei aufzubauen. Die lokalen «Comités de vigilance» sind der Anfang dazu. Zentrale Frage aber bleibt, wie Boumedienne sich in den Aufbau des Staates einfügen wird. Viele Beobachter sehen die Gefahr einer *Militärdiktatur* voraus — Ben Bella sei nicht der eigentliche Führer, sondern nur Galionsfigur der Obersten. Vorläufig fehlt der These die volle Beweiskraft. Jedenfalls haben Ben Bella und seine Anhänger in den Wechselfällen der letzten Monate großes Geschick bewiesen und ihren Weg zur Macht erfolgreich weitergeführt.

Die algerischen Führer haben in Reden und Interviews ihr Land ins *neutralistische Lager* zwischen beiden Blocks eingeordnet. Ben Bella demonstrierte das in nicht sehr geschickter Weise, indem er nach dem Besuch bei Präsident Kennedy gleich eine Reise zu Fidel Castro anschloß — ob der Druck der radikaleren Elemente in Algerien bei dieser Equilibristik mitspielte, bleibe dahingestellt. Die algerischen *Kommunisten* kamen in den Wahlen in keiner Weise zum Zuge. Der revolutionäre Nationalismus bestimmt die Politik und macht jeden moskauhörigen Kommunismus suspekt. Zudem liegt immer noch die einstige Verknüpfung mit Frankreich als Hypothek auf den Linksextremisten.

Der Versuch, das politische Leben Algeriens an Rechts- und Linksströmungen zu orientieren, verfehlt die Wirklichkeit. Überhaupt gehört zu den erstaunlichen Tatsachen der Wirren der letzten Monate, daß sie sich wie total isoliert vom Ost-West-Konflikt abspielten, fast ausschließlich bestimmt von persönlichen Rivalitäten, alten, unbeglichenen Rechnungen und regionalen Gegensätzen. Das macht auch jede Prognose so schwierig, indem neue Kräfte, bisher abgeschirmt durch die Untergrundtaktik der Kriegsjahre, plötzlich auftauchen können. Auch um die Zukunft der algerisch-französischen Zusammenarbeit im Rahmen der *Verträge von Evian* besteht Ungewißheit. Die FLN-Führung hatte schon im Juni ihre Einwände unter dem Stichwort «Neokolonialismus» angemeldet; heute heißt die Formel, daß die Abkommen von Evian in keiner Weise die Realisierung der Ziele der algerischen Revolution gefährden dürften. Die Dynamik revolutionärer Kräfte könnte störend eingreifen.

Picus

BERICHT AUS ALBANIEN

Der nachfolgende Originalbericht erreichte uns vor der Publikation des albanischen Aufrufes zum Kampf gegen Chruschtschews «Revisionismus» (vgl. NZZ, 20. 10. 62, Morgenausgabe, Nr. 4045).

Die Redaktion

Die Universität Tirana beging am 16. September 1962 ihre fünfjährige Gründungsfeier. In den Festreden und der knappen amtlichen Verlautbarung vom 18. 9. 1962 vermißte man die Erwähnung eines sowjetischen Beitrages zum Ausbau des albanischen Hochschulwesens. Dagegen betonten zwei ausführliche *Taß*-Kommentare die Hilfeleistung der Moskauer Universität bei der Errichtung der Alma mater zu Tirana, die heute sieben Fakultäten und 24 Studienfächer aufweist. 1962/63 studieren in Tirana 6600 Studenten; 2300 sind Fern- und Abendhörer ohne Unterbruch der Berufsarbeit.

Wie erklärt sich aber ein scheinbar so krasser Undank der Skipetaren gegenüber dem «großen Bruder»? Man muß sich daran erinnern, daß seit Mai 1961 rund 3000 albanische Auslandsstipendiaten die Universitäten und Fachhochschulen der UdSSR und einiger Volksdemokratien schlagartig verlassen und heimkehren mußten. Damals verursachte auch der plötzliche Auszug sowjetischer Gastprofessoren aus Tirana eine Verwirrung der albanischen Bildungsplanung. Als sich im Frühjahr 1962, dank einigen Unesco-Freiplätzen, für albanische Hochschüler die Möglichkeit abzeichnete, ihr Studium in der Sowjetunion fortzusetzen, lehnte der Kreml dies unwirsch ab. Als Folge dieser kulturpolitischen Sperrmaßnahmen unterrichten zum Beispiel an der einzigen Universität der Volksrepublik Albanien — angesichts von 500 geplanten vollqualifizierten Hochschullehrern — auch noch im Studienjahr 1962/63 bloß 317 Lehrkräfte, unter ihnen bloß 50 Ordinariate, die zum Teil im Schnellverfahren ernannt worden sind. Am übelsten aber spielte man der beträchtlichen Zahl jener albanischen Universitäts- und Fachhochschulabsolventen mit, die während ihres Studienaufenthaltes in der UdSSR Russinnen geheiratet hatten; diese Ehefrauen behielten auch nach der Heirat ihre sowjetische Staatsbürgerschaft (neben der albanischen) bei: der Kreml zwang diese Ehefrauen, unter Androhung der Sippenhaftung, zur Rückkehr in die Sowjetunion. Die KP-Hierarchie Tiranas beantwortete diese Ungeheuerlichkeit mit gleichgearteten Gegenmaßnahmen.

«. . . *und wenn wir Gras essen müßten!*»

Wundert man sich über solche Umgangsformen zwischen kommunistischen Bruderparteien innerhalb des «sozialistischen Weltlalagers»? Dieser sowjetische Kulturboykott bildete indessen bloß die verhältnismäßig harmlose Abwandlung einer umfassenden Hungerblockade der *Comecon*-Staaten gegenüber dem kleinen Land: der jähen Abberufung sowjetischer Beraterstäbe und dem Abzug sowjetischer U-Boote aus dem Flottenstützpunkt Vlora im Frühsommer 1961 folgte sogleich die Zurückhaltung existenznotwendiger und vertraglich zugesicherter Lebensmittel, technischer Ausrüstung, unerläßlicher Bestand- und Ersatzteile für Maschinen, Schlepper, Lastkraftwagen usw.

Diese Sanktionen des Rubelblocks gegen den 1,6-Millionenstaat an der Adria spiegeln sich unter anderm in folgenden statistischen Angaben wider: Im Jahre 1960 erreichte der sowjetisch-albanische Außenhandelsumsatz mit 60,9 Mio. Rubel einen rund 55%igen Anteil am gesamten Warenverkehr mit dem Ausland. Dabei betrug die sowjetische Ausfuhrseite 39 Mio. Rubel. 1961 reduzierte die UdSSR diesen Austausch auf 37 Mio. Rubel. Gleichzeitig versiegte auch der bescheidene Warenstrom aus den Volksdemokratien Europas. 1961 bestritt zwar die Volksrepublik China 28% des albanischen Außenhandelsverkehrs und soll ihren Anteil 1962 auf angeblich 59,1% steigern. Im März 1962

erhielten Moskaus europäische Satelliten unvermittelt den Auftrag, ihre für das laufende Jahr überfälligen Handelsprotokolle mit Tirana zu unterzeichnen und den Handel mit dem unbotmäßigen Zwergstaat wieder aufzunehmen. Allerdings tätigen die volksdemokratischen Außenhandelsmonopole mit der Volksrepublik Albanien nur noch Tauschgeschäfte und gewähren keine Lieferanleihen mehr. Die Abkühlung der sowjetsozialistischen Freundschaftsbeziehungen hat andererseits der albanischen Außenhandelswirtschaft einen wesentlichen Vorteil gebracht. Denn die Warenverrechnung erfolgt nunmehr zu Weltmarktpreisen, während Tirana bis zur Fehde mit Moskau viele Ausfuhrgüter zu diktierten Unterpreisen liefern mußte.

Vor Jahresfrist erklärte uns ein albanischer Funktionär: «...und wenn wir Gras essen müßten!» Das heißt er verschwor sich gegen die sowjetischen Erpressungsmanöver und vertraute damals überdies auf die Zusagen Pekings an die «Stalinisten» in Tirana. Inzwischen haben die Rotchinesen zwar nicht einmal die Hälfte der versprochenen Dollar- und Warenhilfe realisiert. So wurden 1962 bis Mitte Oktober bloß zwei rotchinesische Frachter gemeldet, deren Ladung ausschließlich für Albanien bestimmt war. Ebensowenig kann der Beraterstab aus der Volksrepublik China die einst zahlreichen sowjerussischen Spezialisten ersetzen. Trotzdem hat die hartgesottene KP-Clique Tiranas den sozialwirtschaftlichen Tiefpunkt der Jahreswende 1961/62 überdauert, weil die Albaner in ihrer Lebenshaltung äußerst bescheiden sind und außerdem die zahlenmäßig erdrükkende nichtkommunistische Bevölkerungsmehrheit zurzeit die landeseigene Tyrannei dem Statthalter einer fremden Macht immer noch vorzieht. Außerdem: die sinokommunistischen Ratgeber und Spezialisten treten in Albanien bescheidener und leutseliger auf als ihre exklusiven Vorgänger aus Moskau. Während etwa der monatliche Durchschnittslohn der rund 205 000 Arbeitnehmer außerhalb der Landwirtschaft (aber einschließlich der Lohnempfänger der Maschinenhöfe und Staatsgüter) nicht mehr als 4000.— Lek erreicht und selbst ein Ministergehalt 25 000.— Lek offiziell nicht überschreitet, forderten und erhielten die Sowjetspezialisten pro Monat 80 000.— Lek und besorgten ihre Einkäufe in reichhaltig ausgestatteten Sonderläden zu verbilligten Preisen. (1 USA-Dollar entspricht währungsoffiziell 50.— Lek; der Touristenkurs beträgt 125—150 Lek. Kaufkraftmäßig dürften einem USA-Dollar 200—250 Lek entsprechen.)

Industrieaufbau, Agrarkollektivierung, Versorgungslage

Die eigentlichen handelspolitischen und versorgungsmäßigen Schwierigkeiten für Albanien verursachte jedoch dessen kommunistische Führung selbst, weil sie sich vor aller Welt leninistisch-stalinistischer gab als der Kreml samt Satelliten und mit ihrem skipetarischen Rigorismus zeitweilig sogar Peking überbot. Deshalb lehnte das Dreigestirn Enver Hoxha-Mehmet Shehu-Minush Myftiu bis zum Frühherbst 1962 sogar die Entsendung von Handelsdelegationen in die Länder Westeuropas ab. Dabei hätten diese neo-stalinistischen Eiferer doch erkennen müssen, daß sich Peking nicht minder wie Moskau unablässig um westliche Ergänzungslieferungen und harte USA-Dollars bemühen!

Die uneingeschränkte und dann begrenzte Blockade des Ostblocks gegen den abtrünnigen Kleinstaat hat selbstverständlich die überhitzte Industrialisierung verlangsamt und selbst die Erhaltungsarbeiten halbvollendeter Vorhaben in Frage gestellt. Ursprüngliche Fristen der Fertigstellung oder Inbetriebnahme einiger im Programm vorgesehener Schlüsselunternehmen lesen sich heute wie ein Märchenbuch. Bei allem zähen Festhalten am Dogma der «Vollbeschäftigung» ist auch für das «sozialistische» Albanien die Arbeitslosigkeit eine bittere und böse Tatsache geworden. Noch im Herbst 1962 warteten Hunderte landwirtschaftlicher Schlepper und Lkws ergebnislos vor den Reparaturwerkstätten, weil die vertraglich zugesicherten Ersatzteile und Mechaniker fehlten. Ganz zu schweigen von veralteter Ausrüstung und Ausschußlieferungen, die

das kommunistisch beherrschte Ostmitteleuropa dem kleinen Bruder an der Adria anhängte!

Albaniens Agrarkollektivierung wurde bekanntlich ein voller und vorfristiger Erfolg: bereits 1960 waren 85% des bestellbaren Bodens und 76% der erwerbsfähigen Bauernschaft «sozialisiert». In dem kleinen, gebirgigen Land lautete die Vollzugsmeldung: Etwa 1500 Kolchosen, 29 große Staatsgüter und 25 Maschinenhöfe. Andererseits waren für die Ernte 1960 bloß 60% des Ackerbodens bestellt und bearbeitet worden, und selbst nach verhältnismäßig günstiger Witterung im Sommer 1962 liegt der Durchschnittsertrag für Getreide unter 9 Doppelzentner pro Hektar.

Brot, Obst und Gemüse stehen dem Durchschnittsverbraucher ausreichend und preiswert zur Verfügung. Dagegen sind Fleisch und Milcherzeugnisse besonders knapp: 1 kg Fleisch oder 1 kg Käse kosten 180.— Lek. Für einen Herrenanzug guter Qualität reichen nicht einmal drei mittlere Monatseinkommen, ein Herrenhemd kostet zwischen 200.— und 600.— Lek usw.

Tirana und der «Chauvinismus der Großen»

Die Erklärung des X. ZK-Plenums der KP Chinas rügte jüngst, neben dem Dogmatismus und Revisionismus, auch den «Chauvinismus der Großen». Kurz darauf griff in Tirana ein Pekinger Abgesandter dieses für den Hausgebrauch bestimmte Schlagwort unter lebhafter Zustimmung der albanischen KP-Prominenz auf. Unausgesprochen, aber im Flüsterton nicht weniger wirksam hört man in Albanien die Bemerkung, daß das Volk der Skipetaren als «nichtslawische» Gemeinschaft von den «Slawen Osteuropas» diskriminiert und ausgebeutet werde. Fraglos zeichnet sich auch für das kleine, isolierte Bergvolk eine erwartete «Wegkehre» ab: Reformkommunisten in Albanien vertreten die Auffassung, daß zwischen dem Kreml Chruschtschews und den Führungsrängen Tiranas eine Verständigung möglich sei — aber ohne Enver Hoxha, der persönlich in den «Volksmassen» keineswegs verwurzelt sei. Andererseits hält heute fast jeder Beobachter meist ergebnislos Umschau nach einer persönlichen Erbfolge in der kommunistischen Partei- und Staatsführung. Denn vor knapp zwei Jahren hat die Gruppe um Enver Hoxha mit der Gründlichkeit der Blutrache die letzten namhaften Anwärter und Nebenbuhler der Macht beseitigt. Natürlich wird man im Falle plötzlicher Schwierigkeiten und Umbrüche innerhalb der KP-Diktatur Albaniens auch mit einer demokratischen, nichtkommunistischen Lösung zu rechnen haben.

Überprüft man seit der Jahresmitte 1960 parteioffizielle, offiziöse und agitatorische Anklagen und Angriffe der KP Albaniens gegen den «Revisionismus», so steht die zeitlich abgestimmte Aktionseinheit Peking-Tirana beim Aufflammen und in der Mäßigung des ideologischen Zornes gegen die «Revisionisten» außer Frage. Im Frühjahr 1962 erschien am 25. März in der albanischen Presse ein abschließender Grundsatzartikel, der sich gegen Chruschtschew als Revisionisten, Opportunisten, friedlichen Koexistentialisten à tout prix wandte. Nach einer verhältnismäßig scharfen Rede Enver Hoxhas am 30. Mai 1962 drehten die Bundesgenossen Pekings in Tirana den «Volkszorn» bis zum 7. September 1962 gewissermaßen auf kleine Flamme. Dann lieferte das bereits einen Monat zuvor, am 8. August 1962, publizierte Interview Titos für den amerikanischen Journalisten Drew Pearson dem Tiraner ZK-Organ «Zeri i Popullit» den Anlaß zu den bisher wohl schärfsten Aussagen gegen den titoistischen Nachbarn — im Zeichen des sowjetischen Staatsbesuches und der Belgrader Ansprachen Brežnevs und Titos. Die albanische Polemik nannte Chruschtschew beim Namen und deutete sogar erstmalig eine gewisse politisch-weltanschauliche Gleichsetzung Chruschtschew mit Tito an.

Bei allem Leninismus-Stalinismus, bei aller pekingverbundenen Parteirage, wird der politische Welthorizont Tiranas zuerst und zuletzt durch die befestigte und schwer bewachte Staatsgrenze gegen Jugoslawien und Griechenland bestimmt. Tirana fürchtet eine Verständigung Moskau-Belgrad, die

sich gegen die Eigenstaatlichkeit Albaniens richten könnte. Mit Athen sind erst Vorgespräche zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Gange. Es ist ein allezeit und allseits gefährdetes Gleichgewicht, dessen Angelpunkt die stalinistisch beherrschte Zwergrepublik mit ihren 28 748 km² bildet.

Im November 1962 begeht Tirana die 50-Jahrfeier des staatssouveränen Bestandes der heutigen Volksrepublik Albanien. Eine freundliche Einladung zur Teilnahme an den Feierlichkeiten wurde auch der Führung des Kremls übermittelt. Gleichgültig jedoch, was die nächste und fernere Zukunft bringt — Albanien ist heute bereits das Symbol für kleinstaatliches Aufbegehren gegen den sowjetischen Zentralismus, der Modellfall einiger schwerwiegender führungspolitischer Fehler des Kremls geworden. Der Tag wird kommen, da auch die Innenpolitik des freiheitliebenden Volkes in Fluß gerät und der erstaunten Umwelt möglicherweise mit Überraschungen aufwartet.

+++

NACH DER BUNDESRATSWAHL

Selten noch war die Unsicherheit, ja Verwirrung vor einer Wahl in den Bundesrat so groß wie bei der Ersatzwahl für den unter allgemeiner Anteilnahme vorzeitig ausgeschiedenen Chef des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements, Jean Bourgknecht. Und man kann nicht behaupten, daß sie sich nach dem Wahlakt gänzlich gelegt habe, auch wenn vor allem welsche Zeitungen vom «bestmöglichen Ausgang» sprechen.

Die verworrene Situation hatte verschiedene Ursachen. Zunächst einmal stand und steht man immer mehr unter dem Eindruck, daß das Amt des höchsten Magistraten heute mit schwersten Belastungen verbunden ist, die nur dann ohne Schaden ertragen werden können, wenn die Kandidaten ein außerordentliches Maß an disziplinierter Arbeitstechnik und psychischer Widerstandskraft mitbringen. Der Ausweis über diese Eigenschaften, deren Mangel wiederholt selbst hochqualifizierte Politiker in der Exekutive scheitern ließ, kann aber unglücklicherweise erst im Amte selbst mit der nötigen Evidenz erfolgen. So ist heute jede Wahl besonders stark mit der besorgten Frage belastet: Wird der Kandidat der Aufgabe physisch und psychisch gewachsen sein? Die Tatsache, daß der «Verschleiß» an Magistraten im letzten Jahrzehnt höher war als in jedem vorhergehenden, unterstreicht die Berechtigung dieser Sorge.

Die Wahl eines Nachfolgers für Bundesrat Bourgknecht ließ aber auch das schon lange schwebende Malaise um den Modus der Selektion besonders heftig aufflackern. Der Spielraum ist gerade bei Ersatzwahlen für einen einzelnen Sitz sehr gering. Die berühmte «Zauberformel» 2 : 2 : 2 : 1 läßt zusammen mit den traditionellen, geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzmäßigkeiten und Privilegien eine recht schmale Rekrutierungsbasis übrig. Dieser Umstand wirkt immer unbefriedigender. Zwar entspricht es dem staatspolitischen Empfinden des Schweizers, daß die sprachlichen Minderheiten im Prinzip eher zu stark als zu schwach vertreten sein sollten. Man könnte sich aber manchmal eine elastischere Anwendung dieses an sich gesunden Grundsatzes vorstellen. Problematischer indessen sind die andern Faustregeln. Wenn die traditionellen «Bundesratskantone» Zürich, Bern und Waadt bisher fast ausnahmslos vertreten waren und von den 78 eidgenössischen Magistraten allein deren 34 gestellt haben, so mag dies ebenso wie die Vorschrift, daß aus ein und demselben Kanton nie gleichzeitig zwei Bundesräte abgeordnet werden dürfen, den besonderen Verhältnissen des jungen Bundesstaates entsprochen haben. Heute, im Zeitalter der ständigen Rotation der Bevölkerung und der immer stärkeren wirtschaftlichen, technischen und auch politischen Interdependenz der Stände, muß aber die sture Berücksichtigung

dieser Spielregeln immer grotesker erscheinen. Der Kanton Bern ist zum Beispiel durch einen Bundesrat vertreten, der seine ganze berufliche Karriere auswärts absolvierte. Bundesrat Schaffner aber, der im Kanton Bern aufgewachsen ist und immer dort gelebt hat, zog als Vertreter des Aargaus in die oberste Landesbehörde ein...

Unter solchen Umständen braucht nur noch, wie diesmal, der Fall einzutreten, daß mehrere regionale Kandidaturen aufgestellt werden, von denen sich keine besonders aufdrängt. Dann ist die Verwirrung vollständig, und dann zeigt es sich auch, daß die bisherige parlamentarische Praxis ein unzulängliches Mittel darstellt, um sie rechtzeitig aufzulösen. Mit Wandelhallengesprächen ist hier nicht mehr durchzukommen. Doch all diese Überlegungen, die in den letzten Wochen die schweizerische Öffentlichkeit bewegten, werden sich kaum in praktische Konsequenzen verdichten — es sei denn, der neue Bundesrat erweise sich als völlig unfähig. Die Kehrseite unserer politischen Stabilität besteht nun einmal darin, daß eingespielte Formen und Regeln nur unter ganz außerordentlichen Umständen tiefgreifend revidiert werden. Man mag das in diesem Fall besonders beklagen — ändern läßt sich dadurch wenig.

In dieser Lage bleibt allein die Hoffnung übrig, daß schließlich immer wieder eine Lösung gefunden werde, die aus voller Überzeugung als die «bestmögliche» bezeichnet werden kann. Im Falle Bundesrat Bonvins scheiden sich die Geister vorläufig noch. Er, der den «Flügelmann rechts» ersetzt, gilt als Exponent der Linkskonservativen. Auf der andern Seite weiß man, daß die sozialistischen Landesväter seine Wahl mit gemischten Gefühlen aufnahmen, obwohl man eigentlich annehmen müßte, daß ihnen die Gewichtsverschiebung willkommen sein dürfte. Hier spielen aber nicht nur parteitaktische Überlegungen mit hinein — wenn Herrn Bonvins Herz ausgesprochen links schlägt, so bedeutet dies parteistrategisch kaum eine Stärkung der sozialistischen Linken —, sondern es mag ihnen vor allem die unorthodoxe, nicht leicht berechenbare Art des neuen Kollegen zu denken geben.

Hierin kann seine Schwäche, vielleicht aber auch seine Stärke liegen. Die Entwicklung beginnt die alten Schemen zu sprengen. Eine ausgeprägte Affinität zur industriell-technischen Dynamik, wie sie dem neuen Bundesrat nachgesagt wird, verbunden mit wacher Intelligenz und großer Arbeitslust ist unter diesen Umständen kein schlechter Ausweis. Dabei bleibt zu bedenken, daß unser Kollegialsystem normalerweise fast unausweichlich zu einem angemessenen Einpendeln auch unorthodoxer Kräfte führt. Roger Bonvin scheint die dafür notwendigen Voraussetzungen mitzubringen: niemand bestreitet seine persönliche Integrität, und niemand spricht ihm die echte Leidenschaft ab, diesem Staat nach bestem Wissen und Gewissen zu dienen. Vielleicht war es tatsächlich die bestmögliche Wahl.

Spectator

XI. GIESSBACHTAGUNG DES REDRESSEMENT NATIONAL

In den nun schon zur Tradition gewordenen Tagungen im prächtig gelegenen Parkhotel Gießbach hat sich das Redressement National ein sympathisches Instrument geschaffen, um das Interesse vor allem der angehenden schweizerischen Akademiker an den allgemeinen Problemen unseres Landes zu wekken und zu fördern. Ein sympathisches Instrument vor allem deshalb, weil es dem Redressement immer wieder gelingt, führende Männer aus Politik und Wirtschaft dafür zu gewinnen, während ein paar Tagen mit den Studenten frei und intensiv zu diskutieren.

Die diesjährige Tagung wurde unter das Thema *Schweizerische Wirtschaft im Umbruch* gestellt. Prof. Dr. *Fritz Marbach* führte die Teilnehmer in seinem «Tour d'horizon durch die neuere schweizerische Wirtschaftsent-

wicklung — Einige wichtige Fragen und Ergebnisse» in den Problemkreis unserer gegenwärtigen Wirtschaftssituation ein, wobei er sich vor allem der Landwirtschaft und der Industrie zuwandte. Wenn er sich im Vortrag auch auf Zahlen stützen müsse, so meinte er einleitend, so sei doch davor zu warnen, das Wichtige der Nationalökonomie im Spektakulären, im Meßbaren sehen zu wollen. Das Wesentliche läßt sich zumeist nicht quantifizieren. Die äußere Situation unserer *Landwirtschaft* ist gekennzeichnet durch die ständige Abnahme der Zahl der Beschäftigten und auch der Zahl der Heimwesen. Ein spektakulärer Grund hiefür ist die Landflucht der Bevölkerung, die dem Sog der Städte unterliegt. Auch vermindert sich die landwirtschaftlich nutzbare Bodenfläche stetig. Entscheidend ist aber doch wohl, daß sich die Landwirtschaft seit dem ersten Weltkrieg — eigentlich zum erstenmal seit der biblischen Zeit — in einer Phase revolutionärer Umwälzungen befindet, die geprägt ist durch eine fortschreitende Industrialisierung, Mechanisierung und Chemisierung. Diese Entwicklung ist durchaus eigenständig und nicht eine bloße Folge etwa der Landflucht. So wird der Bauer immer mehr zum Kaufmann und Techniker, der etwa anfängt, genaue Kostenrechnungen durchzuführen. Grundlage der großen Leistungen unserer *Industrie* bilden eine intensive Forschung, ein ausgeprägtes Qualitätsdenken, ein hohes Bildungsniveau und der auch jetzt noch bestehende Sparwille des Volkes. Wir sind heute ein reiches Land. Allerdings haben uns die vielen Fremdgelder und die ausländischen Arbeitskräfte von der weltpolitischen Entwicklung etwas stärker abhängig gemacht. Gerade im Zeitalter der Massenanfertigung haben wir mit unseren Qualitätsprodukten eine gute Chance. Wir sind auch gewillt, unser Land zu verteidigen; eine Preisgabe unserer Unabhängigkeit wäre nicht nur ein politischer Selbstmord, sondern auch ein wirtschaftliches Verbrechen.

Dr. *Fritz Hummler* trat speziell auf die Frage *Unsere Industrie im Strukturwandel* ein. Wir dürfen uns nicht zu sehr vom kurzfristigen Auf und Ab der Konjunktur blenden lassen, mahnte er, wir müssen uns vielmehr zwingen, langfristig zu denken, die wirtschaftlichen Grundstrukturen ins Auge zu fassen. Diese wandeln sich langsam in der Beeinflussung wissenschaftlicher, technischer und wirtschaftspolitischer Faktoren. Der industrielle Aufstieg wird noch lange anhalten. Wir müssen immer wieder prüfen, welches der richtige schweizerische Beitrag an diese Entwicklung ist. Hier erläuterte Dr. Hummler sein bekanntes 4-Punkte-Programm, dem das typisch schweizerische Produkt genügen muß. Wir dürfen und sollen expansiv bleiben, aber unter genauer Selektion unserer Produkte. So werden wir den seit langem fortschreitenden Welt-Integrations-Prozeß — dem gegenüber die EWG eigentlich ein Rückschritt bedeutet — am besten bestehen.

Dr. *Ernst Jaggi* kam in seinem Referat *Unsere Land- und Ernährungswirtschaft im Strukturwandel* auf den von Prof. Marbach geschilderten Einbruch von Technik und Betriebswissenschaft in die Landwirtschaft zurück. Kennzeichnend für die heutige Situation ist es, daß es gelungen ist, bei einem Verlust von fast 150 000 Arbeitskräften innerhalb der letzten 16 Jahre die landwirtschaftliche Produktion, in Kalorien gemessen, zu steigern. Durch entsprechende Schulung der Landwirte, durch Güterzusammenlegung und durch fortschreitende Mechanisierung muß das Niveau der Betriebe weiter gehoben werden. Das Problem des Bodens ist nicht in erster Linie ein Problem der Landwirtschaft; es berührt vielmehr das ganze Volk. In Zusammenarbeit mit Landes- und Regionalplanung muß eine Lösung gefunden werden. Eine große Aufgabe liegt in der Rationalisierung der Verteilorganisationen landwirtschaftlicher Produkte. Hier ist mit steigenden Kosten zu rechnen, so daß regionale Konzentrationen einsetzen müssen. Der sich anbahnende Wirtschaftszusammenschluß stellt die Landwirtschaft vor besondere, aber nicht unlösbare Probleme. Um der Entwicklung gewachsen zu sein, müssen wir mit Mut und Überzeugung die Selbsthilfe und Selbstverantwortung weiter fördern.

Zum Abschluß der Tagung sprach Staatsrat Dr. *Louis Guisan* über *Economie et politique* (les modifications de notre économie nationale, quelle influence exercent-elles sur

notre vie politique?). Eine expansive und prosperierende Wirtschaft hat die politischen Leidenschaften etwas abgedämpft. Ein echter politischer Glaube fehlt. Man arrangiert sich, der Kompromiß ist Trumpf. Damit entmachten sich die Parlamente vor den Spezialisten und vor dem Staatsapparat, denn die Stärke eines Politikers liegt in seiner Grundsätzlichkeit. Die Wirtschaftsführer halten sich größtenteils von der Politik fern. Um der wachsenden politischen Indifferenz und Farblosigkeit zu begegnen, müssen wir wieder die Überzeugung entwickeln, daß das Materielle wirklich nicht das Letzte ist, müssen wir uns eine aktive Moral erarbeiten, die in Taten in das politische Leben ausstrahlt.

Dem Charakter der Gießbachtagungen entspricht es, einen Großteil der Zeit der Aussprache unter den Teilnehmern zu widmen. Neben den den Vorträgen unmittelbar folgenden Diskussionen hatten die Tagungsteilnehmer Gelegenheit, in einer Industrie- und einer Agrargruppe das Gespräch fortzusetzen. Wir wollen nicht annehmen, daß die «Dämpfung der Leidenschaften» auch schon auf unsere Studenten übergegriffen habe, und so lag es wohl an der sehr weitläufigen Thematik, daß die Aussprachen etwas farblos blieben. Die studentischen Teilnehmer traten kaum aus der Reserve hervor. War dies vielleicht auch etwas zu bedauern, so kann doch der Sinn einer so kurzen Tagung kaum in der gründlichen Erarbeitung einer bestimmten Frage liegen, wobei dann die Gegensätzlichkeiten wirklich zutage treten. Ihren eigentlichen Zweck, Anregungen zu vermitteln, hat die Veranstaltung in hohem Maß erfüllt. Und immer wieder bildet die Gießbachtagung einen idealen Rahmen für die Schaffung freundschaftlicher Kontakte, die weiterdauern. Dafür gebührt dem Redressement aufrichtiger Dank.

Walter Rapold

RADIOCHRONIK

Diskussionen

Studio Bern strahlte am 5. und am 12. September eine Sendung *Gespräche über die Grenzen* aus, die sich mit *Neuer Erziehung in einer neuen Zeit* befaßte. Die Beiträge der Diskussionsredner waren außerordentlich reichhaltig und wiesen meistens ein recht hohes Niveau auf. Alle: die Engländer, Deutschen und Schweizer, die sich an der Aussprache beteiligten, waren, was die Schule anbetrifft, der gleichen Meinung: sie muß, wenn sie den heutigen Anforderungen genügen soll, erneuert werden, zumal da die moderne Gesellschaft viel höhere geistige Ansprüche an sie stellt, als dies früher der Fall war. Das alte, klassische Bildungsideal, das gab man unumwunden zu, sei abgeschrieben. Was aber, so möchte ich fragen, ist eigentlich die Substanz dieses Ideals? Nun, Wilhelm von Humboldt verwendet, um sie zu beschreiben, die folgenden Worte: «Wenn wir aber in unserer Sprache Bildung sagen, so meinen wir damit etwas zugleich Höheres und mehr Innerliches, nämlich die Sinnesart, die sich aus der Erkenntnis und dem Gefühle des gesamten geistigen und sittlichen Strebens harmonisch auf die Empfindung und den Charakter ergießt.» Dieses Bildungsideal also, hieß es in der ersten Sendung, stehe heute, im Zeitalter der technischen Zivilisation, nicht mehr hoch im Kurs; der humanistisch gebildete Mensch leide aus diesem Grunde an einem Minderwertigkeitskomplex. Man stimmte der Referentin, die zu einem, wie mir scheint, so erschütternden Resultat kam, stillschweigend bei. In der zweiten Diskussion entwölkte sich alsdann der Himmel wieder, denn der deutsche Gesprächspartner erklärte, die Stadt, in der er unterrichte, habe drei Gymnasien, deren eines, das humanistische, die eigentliche «Prestige»-Schule sei. Das klassische Bil-

dungsideal scheint demnach — und das möchte ich ein Glück nennen — immer noch nicht untergegangen zu sein. Dies Ideal entspricht übrigens in höchstem Maße den Forderungen dessen, was man als moderne Bildung definierte: Derjenige sei gebildet, der mit einem Menschen eines andern Typus der Bildung noch über «wichtige Dinge» zu reden verstehe. Anders ausgedrückt: der gebildete Mensch muß, das scheint mir bedeutsam zu sein, den andern überhaupt begegnen *wollen*. Das aber ist eine charakterliche Angelegenheit, weshalb man denn auch — mit Recht — die charakterliche Bildung zu postulieren nicht unterließ. Wenn sie einmal verwirklicht ist, dann wird auch der technische Spezialist ohne Zweifel mit dem Humanisten dialogisch zu leben imstande sein, vorausgesetzt natürlich, daß dieser die technische Welt nicht einfach zu übersehen gewöhnt wurde. Kurzum, die Schule darf, wenn sie dem Leben genügen soll, keinen Dünkel hochzüchten und den Intellekt nicht überschätzen. Sie muß, mit andern Worten, das zu vermeiden suchen, was wir drastisch als «Stoffhuberei» bezeichnen. Professor Dr. Zbinden, der die Wissensanhäufung, wie sie heute betrieben wird, besonders aufs Korn nahm, ging allerdings zu weit, als er behauptete, man wolle sogar bei den Primarlehrern die Ausbildungszeit verlängern. Was den Kanton Bern anbetrifft, stimmt diese Aussage auf alle Fälle nicht. Hierzulande drücken die Seminaristinnen und Seminaristen die Schulbank nämlich nicht einmal während der vorgeschriebenen vier Jahre, sondern sie haben vielmehr, des Lehrermangels wegen, am Schluß ihrer Ausbildungszeit einen ihnen mehr oder weniger bekömmlichen Landeinsatz zu leisten. Außerdem ermöglichen Sonderkurse jungen, als Pädagogen geeigneten Töchtern und Burschen, innert kürzester Zeit Lehrer zu werden. Von Verlängerung der Ausbildung zu sprechen, dürfte hier also fehl am Platze sein. — Man kam im Verlaufe des Gesprächs übrigens auch auf ein anderes wichtiges Thema zu reden: nämlich auf die Eignung und Auslese. Was diesen Bereich angehe, meinte der Engländer, könne man der Schule vertrauen. Sie sei ohne Zweifel prädestiniert zu erkennen, wer begabt sei und wer nicht. Indes haben geniale Menschen große Romane geschrieben, die des genauesten dartun, wie oft ein begabter Mensch in der Schule zu leiden hatte, gerade weil man an dessen Begabung geflissentlich vorbeisah. Ja mehr noch, man sieht vor allem — und das ist ein überaus wichtiges Problem — an den Begabtesten vorbei, zumindest, wie das Frau Dr. Brock-Sulzer zu bestätigen sich nicht scheute, gerade in der Schweiz. Mit Worten allein ist hier jedoch noch nichts erreicht. Man möchte Taten sehen. Dann erst wird man guten Gewissens in den Jubel darüber einzustimmen bereit sein, daß sich die Schule «nach unten» zu öffnen begonnen hat.

Am 15. September, am Eidgenössischen Dank-, Buß- und Bettag, wartete das Studio Basel mit einem Gespräch *Unbewältigte Vergangenheit. Sind wir der Hochkonjunktur seelisch gewachsen?* auf. Anders als die «Gespräche über die Grenzen» war diese Sendung etwas bieder — ein Feuerwerk des Geistes auf alle Fälle wurde nicht abgebrannt. Man bezog sich vielmehr immer wieder auf die Praxis, ein Vorgehen, das allerdings den Vorteil mit sich brachte, daß keine Luftschlösser gebaut wurden. Die ganze Sendung war, so schien es mir wenigstens, ein Appell an die Eidgenossen, an Eltern, Kinder, Produzenten und Konsumenten, sich — da es wohl an der Zeit ist — auf die zum Teil verheerenden Folgen der Hochkonjunktur zu besinnen. Der Hörer vernahm denn auch deutlich genug, wo Remedur zu schaffen ist, wurde das Kind doch unmißverständlich beim Namen genannt: den Feldzug der Produzenten, der es auf das Geld der Jugend abgesehen hat, muß man möglichst unterbinden. (Sie verdiene, hieß es, so viel Geld, daß sie sich Vergnügungen hingeben könne, die ihr eigentlich in diesem Ausmaß gar nicht zukommen sollten.) Kein Wunder, daß in diesem Zusammenhang die Eltern dazu ermahnt wurden, in der Erziehung nicht mehr dermaßen lax wie anhin zu sein. Auch der Schundliteratur machte man ohne langes Zögern den Garaus, indes unsere Parlamentarier einige Nadelstiche einheimsten, weil sie sich so wenig um Schund zu kümmern bereit sind. Es gelte, war man in diesem Gespräch der Ansicht, die schlechten Bücher einfach zu verbieten, zumal man

ja den Geist vor Gift schützen solle. Übrigens scheint auch das Auto eine Art Gift zu sein. Viele — und hier wechselte man wieder einmal von den Kindern zu den Erwachsenen hinüber — viele besäßen ihren Wagen nur aus Gründen des Prestiges. Bei den luxuriösen Wohnungen aber lägen die Gewichte etwas anders. Es gebe eine Anzahl von Menschen, meinte eine Budgetberaterin, die auf eine hochmoderne Wohnung wohl zu verzichten sich nicht scheuten, wenn billigere und einfachere Heime überhaupt aufzutreiben wären. Alles in allem genommen, darf man nicht in allzuschwarzen Farben malen. Besonders in der Jugend seien Werte vorhanden, auf die man bauen könne, denn sie weiche dem Verzicht keineswegs aus. Das mag wohl auch der Grund gewesen sein, warum einer der Referenten propagieren konnte: Mädchen und Jünglinge sollten nach der absolvierten Lehre nicht sofort nach einer guten Stelle Aussicht halten, sondern — vielleicht in der Landwirtschaft — ein Jahr lang Arbeit verrichten, die ihnen weniger Geld, dafür aber das kostbare Gut dessen einbringt, was nur der Verzicht zu geben in der Lage ist. Die Eltern, bekam man zu hören, seien allerdings solch selbstlosem Verhalten ihrer Sprößlinge nicht gut gesinnt, weil sich das Wort «selbstlos» und Karriere nicht auf einen Nenner bringen lassen. Indes darf man nicht vergessen, daß es neben der finanziellen auch noch eine «menschliche Karriere» gibt.

Am 19. September versammelte man sich im Studio Bern einmal mehr um den «runden Tisch». Die Aussprache galt diesmal der *Personalnot in Spitälern und Heimen. — Die der Hilfe bedürfen* — hieß das Leitwort, unter das man die Sendung stellte. Und also ward der Hörer mit der Misere konfrontiert, deren ungewöhnliches Ausmaß er bis anhin wohl nur geahnt haben mag. Der sehr vernehmbare Ruf, der Mangel an Schwestern sei nun endlich doch einmal zu beheben, wird hoffentlich erfreuliche Konsequenzen zeitigen! Wie diese Korrektur in der Theorie zu bewerkstelligen ist, verursacht kein Kopfzerbrechen. In der Praxis allerdings dürfte man auf etliche Schwierigkeiten stoßen. Das reine Ideal des Dienens hat die Zeit der Hochkonjunktur doch etwas in den Hintergrund gedrängt. Deshalb fiel wohl auch das Wort vom «Weggang ausgebildeter Schwestern und Pfleger». Gewiß, viele Menschen sind in Spitälern und Heimen zu dienen bereit, wenn die Arbeitsbedingungen vorzüglich sind und die Entlöhnung der geleisteten Arbeit nicht Hohn spricht. Mir fiel denn auch auf, daß von einem Ethos des Dienens an sich in dieser Diskussion nicht die Rede war. Ja, man ging sogar so weit, das Wort «Hilfspflegerin» zu kritisieren. Dieses sei es, vernahm der Hörer, der junge Töchter, die den intellektuellen Anforderungen des Schwesternberufs nicht zu genügen vermögen, einen andern Beruf wählen lasse. Ich aber finde es sonderbar, daß mit dem Namen deren Trägerin gleichzeitig einen Minderwertigkeitskomplex übernimmt — oder: übernehmen soll, wo doch der Name — nach Goethe — «Schall und Rauch» ist. Aus diesem Grunde braucht auch das Spitalpersonal vor einer Hierarchie nicht zurückzuschrecken, wobei man indes jenen, die einen, wenn man so sagen darf, bescheidenen Posten versehen, zeigen muß, daß zu guter Letzt die Oberin sowohl als auch das Hilfspersonal für den Patienten «kämpfen», sich für ihn einsetzen und sein Bestes wollen, präziser: wollen sollen. In diesem Bereiche, meine ich, ist noch viel Aufklärung nötig, zumal da mit besserer Entlöhnung, längerer und geregelter Freizeit und staatlichen Subventionen für die Ausbildung der Krankenschwestern ein Teil, nicht aber das ganze Problem des Mangels an Personal gelöst werden kann.

Sehr politisch ging es in einer öffentlichen Diskussion des Studios Bern zu, das sich in einer Sendung am 10. Oktober 1962 mit *Stimmfreiheit oder Stimmzwang* beschäftigte. Regierungsrat Ernst Schwarz aus Rüfenach im Kanton Aargau brach für den Stimmzwang eine Lanze, indes Regierungsrat Rudolf Gnägi und Großrat Paul Dübi aus Bern für die Stimmfreiheit plädierten. Allerdings bezeugten auch die beiden Berner Magistraten, die Interesselosigkeit an Abstimmungen und Wahlen sei alarmierend, und man müsse etwas unternehmen, um den Stimmbürger wieder zu aktivieren. Es fehle, hieß es, an der staatsbürgerlichen Erziehung, die gerade

im Kanton Bern ziemlich kläglich sei. Aus diesem Grunde wurde die Schule aufgerufen, hier mehr als bisher mitzuwirken, um auf diese Weise die Jugend gleichsam wieder an ihre staatsbürgerliche Verantwortung zu erinnern, mit andern Worten, den jungen Menschen das «Stimmrecht» als Gabe, Anruf und Verpflichtung, alles in einem, darzustellen. Die Berner Referenten hoffen also, wenn dieser Ausdruck erlaubt ist, auf die Früchte solcher Erziehung. Der Redner aus dem Aargau dagegen steht dergleichen Versuchen skeptisch gegenüber; denn, meinte er, durch Stimmzwang und Buße allein werde sich der «Aufgerufene» mit der «Sache» beschäftigen. Diese These wiederum möchte ich bezweifeln: man kann ja zu guter Letzt doch einfach nur aus dem Grunde zur Urne gehen, weil man nicht gebüßt werden will. Herr Schwarz, scheint mir, hat in dieser Hinsicht zu weiß gesehen — denn: «Es sind nicht alle Jäger, die Hörnlein tragen.»

Thomas Kominoth

Vielleicht lassen sich alle moralischen Triebe auf das Haben-wollen und Halten-wollen zurückführen. Der Begriff des Habens verfeinert sich immer, wir begreifen immer mehr, wie schwierig es ist zu haben, und wie sich das scheinbare Besitztum immer noch uns zu entziehen weiß — so treiben wir das Haben ins Feinere: bis zuletzt das völlige Erkennen des Dinges die Voraussetzung ist, um es zu erstreben: oft genügt uns das völlige Erkennen schon als Besitz, es hat keinen Schlupfwinkel mehr vor uns und kann uns nicht mehr entlaufen. Insofern wäre Erkenntnis die letzte Stufe der Moralität.

Friedrich Nietzsche